

## Empfindliche Saudis

Riad macht die Besetzung seines Botschafterpostens in Bonn vom Wohlverhalten der Bundesregierung abhängig. Die Saudis wollen so lange keinen Nachfolger des nach Spanien versetzten Missionschefs Mohamed Nouri Ibrahim schicken, bis die Koalition über die Richtlinien für die Waffenausfuhr entschieden hat. Kanzler Helmut Schmidt hatte nach der Bonner Weigerung, den Saudis 150 Leopard-2-Panzer zu verkaufen, angekündigt zu prüfen, ob der Bonner Grundsatz noch haltbar sei, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Die empfindsamen Saudis sehen sich darüber hinaus von den Bonner Regierenden brüskiert: FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte sich am 22. Mai von dem scheidenden israelischen Botschafter Yohan-

an Meroz persönlich mit einem Mittagessen verabschiedet. Ibrahim aber mußte sich bei seinem Abschiedessen mit Staatssekretär Günther van Well begnügen.

## KP-Minister nach Bonn

Bonns Regierende stellen sich darauf ein, als erste Ausländer mit Frankreichs neuen kommunistischen Ministern zu verhandeln. Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 12. und 13. Juli in Bonn werden nach der bisherigen Planung Gesundheitsministerin Antje Huber und Bildungsminister Björn Engholm ihre Ressortkollegen Jack Ralite und Marcel Rigout, beide Mitglieder des KP-Zentralkomitees, treffen. Verkehrsminister Volker Hauff hat seinen kommunistischen Kollegen

Charles Fiterman bereits letzte Woche nach Bonn eingeladen.

## Deutsche ausgebootet

Der Essener Stahlkonzern Krupp ist sauer auf die DDR. Obwohl die Firma mit den Ost-Berliner Außenhändlern über die Lieferung einer Motorblock-Gießerei (Auftragswert: 400 Millionen Mark) bereits handelseinig war, erhielten die Japaner beim Staatsbesuch von SED-Generalsekretär Erich Honecker Ende Mai in Tokio den Zuschlag. Als die Krupp-Leute sich beschwerten, konterten die DDR-Ökonomen, es sei noch kein Vertrag geschlossen und die Japaner seien um 30 bis 40 Millionen Mark preiswerter. In Wahrheit produzieren die Asiaten kaum billiger als die westdeutsche Konkurrenz. Den Dumping-Preis macht vielmehr

## Steigt Burda bei Springer ein?

Großverleger Axel Springer will Anteile seines Presseimperiums verkaufen. Derzeit verhandeln Springer-Manager mit Vertretern des im badischen Offenburg beheimateten Burda Verlags über eine Beteiligung an dem mit „Bild“ und „BamS“, „Welt“ und „WamS“, „Hamburger Abendblatt“, „Berliner Morgenpost“ und „BZ“ größten westdeutschen Zeitungshaus.

Vorgesehen ist im Herbst eine Transaktion von 25 Prozent, mit der Perspektive, sie später auf einen Anteil Burdas an Springer von 51 Prozent zu erhöhen.

Bislang ungeklärt sind die mit dem Handel verbundenen kartellrechtlichen Fragen. Fachleute halten jedoch den Burda Verlag („Bunte“) im Vergleich zu „anderen in Frage kommenden Bewerbern noch für am wenigsten problematisch“.

Im Spätsommer 1980 waren Verhandlungen Springers mit dem Hamburger Heinrich Bauer Verlag unter anderem gescheitert, weil beide Häuser je zwei große Programmzeitschriften herausbringen: Springer die „Hörzu“ und die „Funk Uhr“, Bauer die „TV Hören und Sehen“ und die „Fernsehwoche“. Burda besitzt mit der „Bild + Funk“ ebenfalls ein Programmblatt.

Schwierigkeiten dürfte es bei einem erfolgreichen Abschluß auch bei den Frauenzeitschriften geben. So scheint ausgeschlossen, daß Springers „Journal für die Frau“ mit Burdas „freundin“ und „burda moden“ verflochten wer-



Springer-Kollege Hubert Burda



Verleger Springer

den darf. Zudem könnte das Bundeskartellamt den Handel wegen der Gesamtgröße beider Unternehmen verbieten.

Eine „formelle Anmeldung“ liegt der Berliner Behörde bislang noch nicht vor, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff soll aber bereits über den Plan informiert worden sein.

Ungewiß müßte bei einem solchen Verbund von Springer und Burda das Schicksal der rechtslastigen „Welt“ sein. Die Offenburger könnten das stark defizitäre Renommier-Blatt des Springer-Konzerns (Umsatz jährlich fast zwei Milliarden Mark) schwerlich